

Auf Einladung der LDPD hat der zweite Runde Tisch getagt

Man lernte sich kennen und will gemeinsam vorwärtsdrängen

Die LDPD hatte zum zweiten Runden Tisch eingeladen. Gefolgt waren dieser Einladung Charlotte Schneider und Bernhard Tewe von der SED-PDS, Matthias Alward vom Neuen Forum, Waldtraud Mieth von DFD, Gottfried Johne von der Bürgerinitiative Lieberose, Gerd Altkrüger und Beatrix Pohle von der FDJ, Helfried Lehmann von der NDPD, Gustav Kokolsky von der Konsumgenossen-

schaft sowie Dr. Lothar Becker, Vorsitzender des Rates des Kreises, und Siegfried Freyer, Sekretär des Rates des Kreises. Die Einlader waren vertreten dabei durch Jürgen Görsdorf und Beate Kohlus. Vom Neuen Tag waren dabei Marlene Friedrich und Rudi Ferdinand. Pfarrer Andreas von Essen (parteilos) wurde als Leiter der zweiten Gesprächsrunde gewonnen.

Zunächst ging es um organisatorische Fragen

Bezogen auf die Frage der Sicherung demokratischer Mitbestimmung aller engagierten Kräfte, galt es zu beraten, wie das Parlament unseres Kreises, der Kreistag, inhaltlich in seiner Arbeit unter dem Motto „Wie weiter im Kreis Beeskow?“ unterstützt werden kann. Das Anliegen war wohl recht gutgemeint, jedoch ob der neuen Art der Verhandlung ging es zunächst mehr oder weniger in sehr kontroverser Weise um organisatorische Fragen, um die politische Parität am Runden Tisch herzustellen.

So stieß es bei manchem auf Unverständnis, daß einige Parteien und Massenorganisationen ferngeblieben waren. Aber man einigte sich, daß darüber der Runde Tisch nicht zu richten habe.

Es gab Für und Wider, ob die Organisationen stimmberechtigt oder nur Zuhörer sein sollen, da die engagierten anwesenden Vertreter alle Mitglieder der SED-PDS waren. Während Beate Kohlus zunächst dafür plädierte, daß die Parteien zwei Stimmen und die Organisationen eine Stimme erhalten sollten, sprach sich Charlotte Schneider für gleiches Stimmrecht aller Anwesenden aus, weil gerade in den Organisationen eine große Anzahl von Mitgliedern verankert sind. Dem stimmten auch Gerd Altkrüger,

Gustav Kokolsky und Waldtraud Mieth zu. Auf die Chancengleichheit verweisend, stimmte Gottfried Johne dem nicht zu. Matthias Alward sprach sich dafür aus, daß jede Partei, Organisation und Gruppe zwei Stimmen erhalten soll, jedoch müßten dann die Massenorganisationen Parteilose als Gesprächspartner schicken. Schließlich einigte man sich dahingehend: Jede Partei, jede Massenorganisation und jede Gruppierung sollte künftig zwei Vertreter für den Runden Tisch delegieren, die auch stimmberechtigt sind. Falls Vertreter von Massenorganisationen einer Partei, egal welcher, angehören, sind sie nicht stimmberechtigt und haben nur eine Gast- bzw. Zuhörerrolle. Dieser Vorschlag wurde mit einer Gegenstimme angenommen.

Themen für Gespräche wurden gesammelt

Als man sich dann im Hinblick auf die organisatorischen Fragen, Anfangsschwierigkeiten, die nicht zu vermeiden waren, geeinigt hatte, ging es zur konstruktiven Debatte über. Mit welchen Themen wird sich der künftige Runde Tisch befassen?

Während einige sich dafür aussprachen, sofort mit der Kreistagsvorbereitung, besonders was die Zusammensetzung des Rates betrifft, zu befassen, plädierten andere für die Diskussion über den Entwurf des neuen Wahlgesetzes, um die Wahlen am 6. Mai

1990 gut vorbereiten zu können. Das Thema „Wiedervereinigung — ja oder nein“ wurde als Themenvorschlag genannt, und auch, daß der Runde Tisch die Aufgabe hat zu sichern, daß die Demonstrationen friedlich verlaufen, daß verhindert wird, daß sich Neofaschisten, Rassisten und Ausländerfeindlichkeit bei uns breitmachen können. Auch sollte man gerade in der gegenwärtigen Situation gesondert an die Kinder, Jugendlichen und besonders an die älteren Bürger denken und ihnen jedmögliche Unterstützung gewähren. Die Reisefreiheit und der dadurch eventuell eintretende Ausverkauf, bezogen auf die Handels-tätigkeit in unserem Kreis, sollten eine Rolle spielen.

All diese Themenvorschläge wurden zunächst gesammelt, und das Wahlgesetz sowie Kaderfragen in Vorbereitung des Kreistages werden bei der nächsten Zusammenkunft zur Debatte stehen.

Bei letzterem Problem wurde sehr kontrovers gestritten, wobei Andreas von Essen und die Vertreter der LDPD die Meinung vertraten, daß die Notwendigkeit des Demokratisierungsprozesses auch auf diesem Gebiet belebt werden müsse. Der Vorsitzende des Rates des Kreises plädierte dafür, daß es zunächst darum geht, die Regierbarkeit des Kreises Beeskow zu sichern. Der Kreistag, so versicherte Dr. Becker, wird nach demokratischer Aussprache über die anstehenden Kaderfragen entscheiden.